



BayernSPD Landesverband

Pressestelle

Datum 12. Mai 2009
Seitenzahl 2

Keine Verschärfung des §218! Frauen wird Leichtfertigkeit unterstellt!

Adelheid Rupp, MdL und Vorsitzende der SPD-Frauen in Bayern zu der diese Woche im Bundestag anstehenden Entscheidung über eine Reform des §218:

„Spätabbrüche, in 2007 waren es 229, sind schrecklich, aber am schrecklichsten sind sie für die schwangeren Frauen selbst! Keine Frau entscheidet sich in einer derartigen Situation leichtfertig für einen Abbruch. Es ist daher unbegreiflich, dass den Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch nach der 23. Woche vornehmen, diese Leichtfertigkeit unterstellt wird.

Die Neuerungen, wie sie der Gesetzentwurf von Union, FDP und leider auch einer Bayerischen SPD Abgeordneten vorsieht, sind eine nicht hinzunehmende Bevormundung der Frauen.

Schwangerschaftsabbrüche in diesem Stadium sind in Hinblick auf den Schutz des ungeborenen Lebens zurecht nur dann straffrei, wenn ein schwerwiegender medizinischer Grund vorliegt. Wenn dieser jedoch tatsächlich vorliegt, brauchen Frauen wirkliche Hilfe und nicht zusätzliche bürokratische Verpflichtungen und Kontrollen, wie eine verschärfte Drittkontrolle der Ärzte durch den Staat und starre Fristenregelungen.

Letztendlich zielt der Gesetzentwurf nicht auf eine bessere Betreuung der Frauen hin, sondern soll die angebliche Leichtfertigkeit von Frauen beim Umgang mit dem Leben ihres ungeborenen Kindes verhindern.

Letztlich wird dieser Gesetzentwurf über die Hintertür den 1995 mühsam erzielten Abtreibungskompromiss zurückschrauben.

Wir Frauen in der BayernSPD unterstützen den Gesetzentwurf von Christel Humme (SPD), von Ludwig Stiegler (Vorsitzender der BayernSPD) u.a., der die Beratungen und Hilfsangebote für Frauen verbessern möchte, um individuelle Entscheidungen zu ermöglichen.

Seit Jahrzehnten kämpfen wir für eine liberale Regelung des §218 StGB. Grund war und ist das unantastbare Recht der Frauen auf Selbstbestimmung. Die Frauen brauchen ein verbessertes Beratungsangebot. Wichtig sind in diesem Zusammenhang auch Hilfe für den Fall, dass sie sich für ein Leben mit einem schwerstbehinderten Kind unter Inkaufnahme von eigenen schwersten psychischen Belastungen entscheiden. Dieser Schritt ist gerade auch in der momentanen

gesellschaftlichen Zeit, in der von jeder und jedem erwartet wird bestens zu funktionieren und Leistung zu bringen, besonders schwer.

Bessere Hilfen statt zusätzlicher Kontrollen und zusätzlichem Bürokratismus sind daher dringend notwendig!“

Mit freundlichen Grüßen
Harald Schneider

Harald Schneider M.A.
BayernSPD - Pressesprecher
Leiter des Büros des Vorsitzenden und Pers. Referent
Oberanger 38
80331 München
T. 089 23 17 11 - 23

F. 089 23 17 11 - 38
mob: 0171 40 42 643
e: Harald.Schneider@spd.de